

3 Minijobs – keine Mini-Bezahlung für Maxi-Arbeitszeiten

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8703

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Frau Abgeordneter Kieninger das Wort. Bitte schön.

Gerda Kieninger (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Morgen finden an vielen Orten in Deutschland Veranstaltungen zum Equal Pay Day statt. Frauen machen mit roten Handtaschen auf die Lohnungleichheit aufmerksam. Bis zum 20. März dieses Jahres müssen Frauen in unserem Land arbeiten, um das Einkommen zu erreichen, das ihre Kollegen bereits am Jahresende 2008 erreicht hatten.

Damit befinden wir uns europaweit so ziemlich am Ende der Skala der Lohnungleichheiten der Geschlechter. Aber auch weltweit schneiden wir nicht viel besser ab. 23 % Lohnunter-

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

schied sind die traurige Bilanz in unserem Land. EU-weit sind es 17,4 %. Auch im gleichen Beruf ist unterschiedliche Bezahlung festzustellen. Verdient eine Ingenieurin 17 % weniger als ihr Kollege, so sind es bei der Verkäuferin 37 %.

Frauen verdienen natürlich mehr, sie bekommen es nur leider nicht.

In diesen Tagen war in der Presse zu lesen: Herr Minister Laschet macht sich für eine gerechte Entlohnung stark. Ein Viertel weniger Lohn für Frauen, das ist ein Zustand, der nicht akzeptabel ist. – So wird der Minister in einer Meldung von ddp zitiert. - Da muss ich Herrn Minister Laschet recht geben. Wo er recht hat, hat er recht.

Der Minister stellt auch fest: Es gibt nicht nur eine Ursache für Lohnungleichheit. Deshalb müssen wir auch an verschiedenen Stellen ansetzen. – Auch da gebe ich dem Minister recht.

Die Landesregierung startet ein Projekt in vier Unternehmen, in denen veränderte Beurteilungskriterien für die Entlohnung erarbeitet und erprobt werden. Das ist ein richtiger Schritt, den auch wir unterstützen. Aber viele Schritte sind nötig, um zum Ziel zu kommen.

Ein Grund für die Ungleichheit ist die hohe Teilzeitquote von Frauen. Auch hier befinden wir uns in Deutschland leider in den Spitzenpositionen. Das gilt ganz besonders in Nordrhein-Westfalen

Auf Platz 3 befinden wir uns in Nordrhein-Westfalen bei der geringfügigen Beschäftigung. Eine Großzahl der Minijobbeschäftigten ist weiblich, und das nicht, weil Frauen nicht so viel arbeiten wollen – sie arbeiten vielfach mehr und länger für 400 € –, sondern ihnen werden leider keine anderen Jobs angeboten.

Das erklärt sich zum einen mit den Bereichen, in denen Minijobs vorwiegend ausgeübt werden. Da sind zum Beispiel Einzelhandel, Gastgewerbe, Callcenter, haushaltsnahe Dienstleistungen, Pflege und andere sorgende Tätigkeiten zu nennen; alles Bereiche, in denen nach wie vor überwiegend Frauen tätig sind.

Nach der Novelle zum Ladenöffnungszeitengesetz sind die 400-Euro-Jobs sprunghaft angestiegen. Ganze Discounterfilialen werden mit 400-Euro-Beschäftigten betrieben. Arbeitsgerichte haben schon sittenwidrige Löhne festgestellt. Gestern gab es ganz aktuell ein Urteil zu KiK: 5,20 € sind zu wenig.

Es hat sich in den letzten Jahren leider gezeigt, dass die Obergrenze von 400 € und die reduzierten Steuern und Abgaben für Minijobs zu oft den Blick auf das Verhältnis von Arbeitsleistung, Arbeitszeit und Arbeitsentgelt verstellen. Dem wollen wir mit einer korrespondierenden Obergrenze für die wöchentliche Arbeitszeit begegnen. Wer für maximal 400 € in einem Minijob arbeitet, darf dafür nicht länger als maximal 15 Stunden pro Woche beschäftigt werden. Wenn man dann zu diesen 400 € die pauschalierte Steuer und die Sozialabgaben hinzurechnet, kommt man bei maximal 15 Stunden gerade mal auf einen Mindestlohn von etwas über 8 €

Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir die Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen. Das würde den Beschäftigten in den Minijobs – das sind, wie ich ausgeführt habe, vorwiegend Frauen – helfen und wäre ein Schritt zur Anhebung des Lohnniveaus. Meine Damen und Herren, ich lade Sie ein, auch diesen Schritt zu unterstützen, einen weiteren Schritt zum Ziel der gerechten Entlohnung.

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Wir von der SPD wissen aber auch, dass viele weitere Schritte nötig sind. Lassen Sie mich noch einige nennen: Wir brauchen noch mehr Frauen in Aufsichtsräten; denn die dortige Männerdominanz ist ein Grund für die bestehende Benachteiligung bei der Bezahlung und der Besetzung von Führungspositionen. In einer dpa-Meldung von heute ist zu lesen, dass der Verband deutscher Unternehmerinnen auch dieses unterstützt und ganz eindeutig sagt: Wären die Frauen ebenbürtig vertreten, hätte das Zockerunwesen in der Finanzbranche kaum dieses Ausmaß annehmen können. – Aber für verbindliche Maßnahmen in diesem Bereich gibt es in diesem Hohen Hause keine Mehrheit. Das wissen wir, das haben wir schon feststellen können.

Wir brauchen auch Regelungen für die Privatwirtschaft. Dann kommen Frauen auch endlich an die Spitze.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist auch zu Ende.

Gerda Kieninger (SPD): Ja, ich komme zum Schluss. – Und wir wollen, dass sogenannte Frauenberufe nicht schlechter bewertet und bezahlt werden als die Berufe, die überwiegend von Männern ausgeübt werden. - Ich hoffe auf eine erfolgreiche Beratung im Ausschuss und danke Ihnen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

